

KOMMENTARE

CDU-Abgeordnete nutzt Nazi-Begriff Unwürdiger Tabubruch

Mit Kurzzeit-Empörung ist es nicht mehr getan. Wer Brandstifter in den eigenen Reihen akzeptiert, darf sich über Nachahmer nicht wundern. Völlig ungeniert hat jetzt die CDU-Abgeordnete Bettina Kudla mit Nazi-Vokabular die Flüchtlingspolitik Kanzlerin Angela Merkels kritisiert, den Begriff „Umvolkung“ verwendet, womit Hitler die „Germanisierung“ Osteuropas meinte.

»Wer die Provokationen nicht stoppt, ermuntert zum Weitermachen.«

keit, die sich immer häufiger in Wut auf Ausländer und rechtsextremen Straftaten entlädt, ist zu einer ersten Gefahr für unser Land, den Zusammenhalt der Gesellschaft geworden. Auch die ätzende Bemerkung von CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer über den „ministrierenden Senegalesen“ war verheerend. Dass die Christsozialen Scheuer nicht scharf zurechtweisen, erweckte den Eindruck, das Zündeln sei im Interesse der Partei. Wer die Provokationen nicht stoppt, ermuntert zum Weitermachen, muss sich nicht wundern, wenn der Bann weiter bricht, der Verrohung der Sprache die Verrohung der Menschen folgt. Im Fall Kudla muss CDU-Parteichefin Merkel Konsequenzen ziehen. Wer mit Nazi-Begriffen auf Wählerfang geht, sollte in ihrer Partei nichts zu suchen haben – und schon gar nicht im Bundestag. *Tobias Schmidt*

Das Motiv der Abgeordneten aus Leipzig ist plump: Hier wird Fremdenfeindlichkeit bedient und die Sorge vieler Bürger, die Zuwanderer seien eine Herausforderung für Deutschland, schamlos ausgenutzt, um der AfD Stimmen abzujagen. Dass die Abgeordnete dazu einen Begriff aus dem Dritten Reich nutzt, ist für die Union ein Tabubruch und für einen demokratischen Politiker unwürdig. Die steigende Fremdenfeindlich-

keitsentwicklung ist es nicht mehr getan. Wer Brandstifter in den eigenen Reihen akzeptiert, darf sich über Nachahmer nicht wundern. Völlig ungeniert hat jetzt die CDU-Abgeordnete Bettina Kudla mit Nazi-Vokabular die Flüchtlingspolitik Kanzlerin Angela Merkels kritisiert, den Begriff „Umvolkung“ verwendet, womit Hitler die „Germanisierung“ Osteuropas meinte.

Flüchtlingsgipfel in Wien Europa macht dicht

Wie sich die Zeiten doch geändert haben in Europa. Als Österreich im Februar zum Flüchtlingsgipfel einlud, war Kanzlerin Angela Merkel nicht erwünscht. Die Deutsche, die damals die Schließung der Balkan-Route heftig kritisiert hatte, wurde gar nicht eingeladen.

Was bringt es, eine faire Lastenteilung einzufordern, wenn andere Staaten dazu nicht bereit sind? Gut, Merkel erklärt sich bereit Italien und Griechenland monatlich einige Hundert Asylbewerber abzunehmen. Das war es dann auch schon mit humanitären Gesten. Denn das eigentliche Signal von Wien lautet: Europa macht dicht. Wie mit der Türkei soll es neue Deals geben – mit Mali, Niger, Ägypten und Senegal. Die Flüchtlingskrise kann aber nur gelöst werden, wenn sich weniger Menschen aus Not und Angst um ihr Leben auf den Weg machen. *Claus Schöner*

Kritik an den Grenzzäunen kommt ihr heute nicht mehr über die Lippen. Denn sie gehört zu den Nutznießern des Stacheldrahts. Hätten sie den Balkan nicht abriegelt, wären weiter so viele Menschen gekommen. Jetzt passt sich Merkel an die Realitäten an, die sie nicht ändern kann.

GEWINNER & VERLIERER

+ Edward Snowden
Geehrt mit Kasseler Bürgerpreis

Für seinen Mut zu einer Gewissensentscheidung ist Edward Snowden mit dem Kasseler Bürgerpreis ausgezeichnet worden. Der 33-Jährige erhielt die mit 10000 Euro dotierte Auszeichnung gestern in Abwesenheit. „Das Gesetz ersetzt nicht das Gewissen“, sagte er in einer Video-Liveschaltung. Snowden hatte die Abhöraktionen des US-Geheimdiensts öffentlich gemacht.

- Türkei
Kreditwürdigkeit auf Ramschniveau

Die US-Ratingagentur Moody's hat die Kreditwürdigkeit der Türkei auf Ramschniveau herabgestuft. Als Begründung nannte sie unter anderem das langsame Wirtschaftswachstum des Landes. Das Klima für Investitionen sei schlecht. Zudem bestehe ein erhöhtes Risiko, dass sich ausländisches Kapital zurückziehen könne.

LESERFORUM

Manfred Pietschmann aus Castrop zur Situation im Osten
Tiefes Misstrauen und Unmut

Wer sich über die schlimme Entwicklung im Osten unseres Landes wundert, berücksichtigt leider nicht die fürchterlichen Fehler der Wendezeit. Während die Treuhand die Produktionsstätten schleifen ließ, statt sie zu modernisieren, dadurch Arbeitslosigkeit, tiefes Misstrauen und auch Verzweiflung schaffte, glänzte die Westindustrie mit vollen Auftragsbüchern und Aldi begann seinen Siegeszug auch im Osten. Damals wurde der Grundstein gelegt für Wutbürger, später Anhänger von Pegida, Menschen, die man auch ihrer Würde beraubt hatte. Der verstärkte Rechtsextremismus dort hat einen Namen: unbarmherziger Kapitalismus, gepaart mit Überheblichkeit nach Gutsherrenart.

Wir freuen uns über Ihre Meinung. Diskutieren Sie im Internet mit oder schreiben Sie an leserforum.westnews@mdhl.de. Leserbriefe bitte an: Ruhr Nachrichten, Westenhellweg 86-88, 44137 Dortmund, Stichwort: Leserbrief. Kürzungen behalten wir uns vor.

BLICKPUNKT SPRACHE Mit Begriffen, die durch die Nazi-Zeit geprägt wurden, ist sensibel umzugehen



Fraktionschef Volker Kauder und Kanzlerin Angela Merkel müssen überlegen, ob sie Kudla noch in der CDU dulden wollen. FOTOS DPA

Nicht das erste Mal

CDU-Abgeordnete empört mit Gebrauch des Nazi-Begriffs „Umvolkung“

BERLIN. „Die Umvolkung Deutschlands hat längst begonnen“ – ein Nazi-Begriff, um die Flüchtlingspolitik der eigenen Kanzlerin zu kritisieren. Die umstrittene Leipziger CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla hat mit ihrem Twitter-Beitrag ein Tabu gebrochen, was in den eigenen Reihen für scharfen Widerspruch und Empörung sorgt.

„Völlig inakzeptabel“, urteilt Generalsekretär Peter Tauber, „das steht nicht für die CDU“. Nach anfänglicher Zurückhaltung gibt es von der Parteispitze eine deutliche Distanzierung. Auch ihr eigener CDU-Landes- und Kreisverband rückte von Kudla ab. Doch damit ist es aus Sicht von Opposition und Koalitionspartner SPD nicht getan. Dort wird die Provokation der CDU-Hinterbänkerin als ein Beispiel von vielen gesehen für eine Verrohung der Sprache, vor der Kanzlerin Angela Merkel (CDU) erst gerade im Bundestag gewarnt hatte.

„Dass die Union sich bei derart massiven Grenzverletzungen verbal distanziert, aber solche Leute weiter in ihren Reihen duldet, ist für mich nicht nachvollziehbar“, sagt SPD-Vize Thorsten Schäfer-Gümbel gestern im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion – fordert den Rauswurf Kudlas aus der Fraktion. Er erinnert dabei auch an das Schweigen der CSU nach den Äußerungen von Generalsekretär Andreas Scheuer, das Schlimmste sei „ein fußballspielender, ministrierender Senegalese“. Der Griff in die Kiste mit Nazi-Vokabular war bislang vor allem Sache offe-

ner Rechtsextremisten, Pegida-Anhänger oder AfD-Politiker. So versuchte deren Chefin Frauke Petry erst vor Kurzem, das Wort „völkisch“ wieder positiv zu besetzen. Jetzt folgt Kulka. Doch wie überraschend ist das? Erst vergangene Woche hatte die sächsische Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann (CDU) für Koalitionen mit der rechtspopulistischen AfD plädiert. „Umvolkung“ nannten die Nationalsozialisten den Versuch, eroberte Gebiete in Osteuropa zu „germanisieren“. Und „völkisch“ ist nicht einfach ein Adjektiv zum Wort „Volk“, wie Petry glauben machen will. Bis heute wird es laut Deutschem Wörterbuch besonders oft dazu benutzt, um den „Rassengegensatz gegen die Juden“ zu betonen.

Geschichtlich belastet

Beide Begriffe – „völkisch“ sowie „Umvolkung“ – sind geschichtlich belastet, werden von Neonazis genutzt, um etwa gegen Einwanderung und Flüchtlinge Stimmung zu machen. Kudla reihte sich ein. Sieht auch nach dem Shitstorm auf Twitter keinen Anlass zur Schadensbegrenzung

oder für eine Entschuldigung. Vielleicht ermuntert sie, dass fast tausend Usern ihr Eintrag gefällt.

Das beunruhigt Schäfer-Gümbel: „Die Gefahr besteht, dass rechtsextreme und völkische Äußerungen salonfähig werden und man es als Teil des normalen politischen Spektrums wahrnimmt“, sagt er unserer Berliner Redaktion. „Wir müssen mit unserer besonderen Geschichte besonders aufpassen, dass die Sprache des Dritten Reiches sich nicht einschleicht.“ Schon, dass die CSU die Aussagen ihres Generalsekretärs nicht zurückgewiesen habe, sei „ein Alarmzeichen“, das die Partei „nicht verstanden hat, dass es nur den Rechtspopulisten nutzen wird, wenn man AfD-Parolen nacheifert.“ Schäfer-Gümbel vermisst auch von CDU-Chefin Merkel „eine klare Ansage, ob Kudla und Scheuer für die Union sprechen“.

Der Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees, Christoph Heubner, fordert die Unionsfraktion auf, „Frau Kudla den Stuhl vor die Tür zu stellen.“ Mit ihrer Äußerung habe sie „die Grenze

nach rechtsaußen“ endgültig überschritten. „Es darf nicht der Eindruck entstehen, in der CDU seien AfD Positionen aus dem völkischen Milieu tolerabel.“ Auch Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt spricht von Verhetzung und sieht Handlungsbedarf. Ingo Kramer, Präsident der Deutschen Arbeitsgeberverbände, hatte fremdenfeindliche Äußerungen von Politikern gegenüber unserer Berliner Redaktion als „unerträglich“ bezeichnet und gewarnt: „Wenn nachhaltiger Eindruck entsteht, dass der Fremdenhass stärker ist als die Willkommenskultur, wird das ein großes Problem.“ Das Image deutscher Produkte könnte leiden, die Investitionsbereitschaft zurückgehen.

Die Linksfraktion erklärt, Teile der Union hätten „offenbar ein Rechtsextremismus-Problem“. Fraktionsvize Jan Korte fordert gestern Merkel und Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) auf, sie sollten „Stellung dazu beziehen, was da in der Volkspartei an Ressentiments ausgelebt wird“. Doch aus dem Kanzleramt kommt gestern keine Reaktion. *ts/dpa/AFP*

507 Mal Gewalt gegen Flüchtlinge in diesem Jahr

Die fremdenfeindliche Gewalt in Deutschland bleibt hoch. Seit Jahresbeginn registrierte die Polizei nach Angaben des Bundesinnenministeriums 507 Fälle wie Körperverletzung oder Brandstiftung. 2015 wurden insgesamt 918 fremdenfeindliche Gewalttaten gezählt.

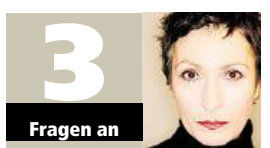
Die Zahl aller politisch motivierten Straftaten gegen Asylbewerber und Flüchtlinge lag von Januar bis August bei mehr als 1800. Darunter fallen auch Delikte wie Beleidigung oder das Tragen von NS-Symbolen. Trotz der Zunahme rechter Gewalt stufen die Behörden nur 20 Rechtsextremisten als



20 Rechtsextremisten sind als Gefährder eingestuft.

Gefährder ein. Zum Vergleich: 520 islamistische Gefährder sind registriert.

„Wirklich brenzlig“



Renan Demirkan, TV-Schauspieler und Autorin

Frau Demirkan, Sie haben als Reaktion auf Fremdenfeindlichkeit die Initiative „Checkpoint Demokratie“ gestartet. Was hat Sie angetrieben?

Rassistisch motivierte Übergriffe sind in Deutschland leider nicht neu. Jedoch stieg die Zahl wieder. Übergriffe, Mordanschläge, Brandsätze gegen Flüchtlingsheime – bei diesen Tätern hat sich die Humanität aufgelöst. In der AfD sehe ich ein bürgerliches Sammelbecken für Rassismus. Wenn führende Köpfe dort sagen, „völkisch“ sei ein normales Adjektiv, dann wird es für mich wirklich brenzlig. Das ist nicht mehr demokratisch. Auch der Begriff „Umvolkung“, den eine CDU-Abgeordnete jetzt benutzt hat, ist schlimm. Das Fundament der Demokratie ist die Offenheit, und die ist in Gefahr.

Was können Sie dem entgegenzusetzen?

Diejenigen, die nicht ausgrenzen, keine Flüchtlingsheime anzünden, sind noch in der Mehrheit. Aber wir sind nicht deutlich genug. Das muss sich ändern. Wir müssen uns auch klar werden, warum das so weit gekommen ist. Die Hartz-IV-Reformen, die Veränderung der Arbeitswelt haben aus uns eine Gesellschaft von Ichlingen gemacht. Der solidarische Kitt geht verloren. Wenn sich die Verunsicherung auch in rassistischen Angriffen entlädt, ist das vielleicht verständlich, aber nicht akzeptabel.

Ist Rassismus salonfähig?

Es gibt immer mehr Menschen, die von der Sündenbocktheorie überzeugt sind. Ich traf gerade einen Politiker aus Essen, der einmal ein Sozialdemokrat war. Jetzt sagt er, für die Probleme im Ruhrgebiet seien Flüchtlinge verantwortlich, obwohl die Region seit 30 Jahren im Umbruch ist. Das beängstigt mich. So lange wir nichts von anderen wissen, sind wir skeptisch, das ist menschlich. In dem Moment, in dem ich den anderen kenne, ist er für mich nicht mehr bedrohlich. Das „Wir“ entsteht nur durch ein gemeinsames Miteinander, dann setzt sich die Vernunft durch. *ts*

Koalition sucht Kandidaten Bundespräsident

BERLIN. Union und SPD suchen gemeinsam nach einem Kandidaten für die Nachfolge von Bundespräsident Joachim Gauck. Darauf haben sich laut „Spiegel“ Kanzlerin Angela Merkel (CDU), der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel und CSU-Chef Horst Seehofer verständigt. Gesucht wird ein Präsident, der ein möglichst breites politisches Spektrum repräsentiert. Für ein Bündnis von SPD, Grünen und Linken bei der Wahl im Februar gibt es derzeit ebenso wie für eine schwarz-grüne Lösung kaum Chancen. *dpa*

ZITAT

„Der Strauß wollte Kanzler werden, und ich wollte es auch. Horst Seehofer hat diesen Anspruch nie erhoben.“

Edmund Stoiber, CSU-Ehrenvorsitzende und ehemalige Unions-Kanzlerkandidat, geht davon aus, dass sich CSU-Chef Horst Seehofer nicht um die Kanzlerschaft bewerben wird. „Der Kanzlerkandidat kommt in der Regel aus der größeren Partei“, sagte Stoiber. Franz Josef Strauß und Stoiber waren die bisher einzigen Unions-Kanzlerkandidaten, die aus der CSU stammten – beide unterlagen ihren SPD-Kontrahenten.



KARIKATUR KOUFOGIORGOS